Alle sollen vertreten sein: Mehr Politiker sitzen in den Ratsausschüssen

Neuer Ausschuss für Integration sorgt für Unmut

Neustadt (dgs). Um die Mehrheitsverhältnisse im neuen Rat adäquat abzubilden, hatte sich die CDU-SPD-Mehrheit für eine zahlenmäßige Aufstockung der Ausschüsse ausgesprochen und diese in der konstituierenden Ratssitzung am vergangenen Donnerstag mit der Neufassung der Geschäftsordnung auch mehrheitlich durchgesetzt. Damit erhöht sich die Zahl der Beigeordneten im Verwaltungsausschuss von acht auf zehn. In allen anderen Ratsausschüssen, außer im Betriebsausschuss, sind jeweils elf Ratsmitglieder vertreten.

Dagegen votierte die UWG. „Das ist eine Verschwendung von Steuergeldern“, schimpfte der Fraktionsvorsitzende Willi Ostermann mit Blick auf die Sitzungsentschädigungen.

Gleich zu Beginn seiner Sitzung hatte der Rat die Wahl eines Integrationsbeirates von der Tagesordnung gestrichen. Stattdessen soll nun ein neuer Ausschuss für Integration und Gleichstellung gebildet werden. In ihm sollen neben elf Ratsvertretern auch elf Bürgervertreter sitzen. Der Vorschlag sorgte für großen Unmut bei der Opposition. Das sei eine „bittere Pille“ für das Ehrenamt, empörte sich UWG-Ratsherr Ostermann. Ein Arbeitskreis habe über drei Jahre am Zustandekommen des Integrationsbeirates gearbeitet. „Das widerspricht auch unserem demokratischen Verständnis“, pflichtete ihm der Fraktionschef der Grünen, Dominik Herbst, bei. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Sebastian Lechner dagegen führte an, dass sich viele Gruppen und Verbände nicht von dem neugewählten Integrationsbeirat vertreten fühlten. Wie berichtet, gehören ihm vornehmlich Mitglieder der Islamischen Gemeinde an. Lechner sieht den Ausschuss eher als Aufwertung im Vergleich zum Beirat an. Der Ausschuss soll nach seiner Konstituierung die elf Bürgervertreter bestimmen.

Erweitert wird auch der Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe. Hier hatte es immer wieder Kritik, insbesondere aus den kleinen Parteien, gegeben, die nicht in dem Gremium vertreten waren und über mangelnden Informationsfluss klagten. Der sei angesichts der großen Projekte des städtischen Unternehmens, vom Hallenbad bis zum Wohnungsbau, verständlich, meinte Lechner. Durch Senkung der Aufwandsentschädigungen sollen die Auslagen nicht steigen.